

Jürgen Geillinger  
Titisee-Neustadt

## 1. Wirtschaftlichkeit / Subventionsbedarf

Baden-Württemberg ist eines der windschwächsten Bundesländer und die Frage der Wirtschaftlichkeit ist aus zwei Blickwinkeln zu betrachten. Zum einen der ökonomische Nutzen für die Allgemeinheit, wo es in erster Linie um die Strompreise geht und um die Kosten, die der Steuerzahler zusätzlich aufgebürdet bekommt. Die Strompreise in Deutschland gehören zu den höchsten auf der Welt und rechnet man die aus unseren Steuermitteln bezahlte EEG-Umlage mit ein, dann wären wir hier der absolute Spitzenreiter. Aus Sicht des Bürgers ist das Gesetz für den Ausbau erneuerbarer Energien ein wirtschaftlicher Rohrkrepierer und kann, höflich ausgedrückt, nur als gescheitert betrachtet werden. Aus Sicht der Betreiber ist so eine Windenergieanlage, oder auch eine Freiflächensolaranlage, ein äußerst lukratives Geschäft, mit garantierten Gewinnen ohne marktwirtschaftliche Konkurrenz, sorgenfrei getragen durch Subventionen und kostenfreier Werbung durch staatliche Akteure. Der Subventionsbedarf ist gewaltig, auf 20 Jahre garantiert und je schlechter der Standort, desto höher ist die durchschnittliche Subvention pro kWh.

**Die wirtschaftliche Tragfähigkeit dieses Modells ist somit nicht vorhanden, die Folgekosten für den Bürger, die durch Entsorgungskosten und Umweltschäden entstehen werden, sind noch nicht zu beziffern und stehen im völligen Widerspruch zu §1 Abs. 3 des EEG. „Der ....erforderliche Ausbau der erneuerbaren Energien soll stetig, kosteneffizient, umweltverträglich und netzverträglich erfolgen.**

## 2. Versorgungssicherheit / Backup-Kapazitäten / Gesamtkosten

Mit jeder Abschaltung konventioneller Kraftwerke verringert sich die Versorgungssicherheit in unserem Land. Wir sind auf die überteuerten Importe von unseren Nachbarn angewiesen und haben uns von einem Strom-Exporteur zu einem Strom-Importeur entwickelt, der sehr oft den zu viel erzeugten Strom kostenpflichtig entsorgen muss, weil für diesen Überschuss kein Bedarf besteht. Die Redispatch-Maßnahmen stiegen, im Vergleich zu der Zeit vor dem EEG, von unter 10 im Jahr auf fast 50 pro Tag an. Unter diesen Umständen noch von Sicherheit zu sprechen halte ich für gewagt. Jede Wolke, die über ein Solarfeld zieht und jede Windböe, die ein Windrad trifft erzeugen Schwankungen in unserem Energienetz die ausgeglichen werden müssen, aber mit immer weniger Kraftwerken ausgeglichen werden können. Diese Maßnahmen kosten inzwischen Milliarden von Steuergeld jedes Jahr und die Häufigkeit für Abschaltungen von Industrieanlagen oder auch die Gefahr von flächendeckenden Brownouts nimmt stetig zu. Den Bedarf an weiteren Backup-Kapazitäten von 5-10 Gigawatt will man durch Gaskraftwerke schaffen, für die sich jedoch keine Investoren finden, da sie die meiste Zeit stillstehen würden oder den Bedarf durch die sogenannte flexibilisierte Stromnachfrage verringern, bei der man als Unternehmer nicht weiß, ob und wann man produzieren kann und als Arbeitnehmer ob die nächtliche Aufladung des E-Autos für die Fahrt zur Arbeit reicht.

**Im Gesamten betrachtet ist die Versorgungssicherheit deutlich zurückgegangen, notwendige Backup-Kapazitäten wurden, mit einer erheblichen Belastung für das Volksvermögen, zerstört und die Gesamtkosten sind noch gar nicht absehbar und werden vermutlich noch unsere Urenkel belasten.**

### 3. Netzstabilität / Netzausbaukosten

Auf die Stabilität unseres Stromnetzes bin ich bei den vorangegangenen Fragen schon eingegangen und ich sehe als die erste Maßnahme einen sofortigen Stopp für den Bau von neuen Windenergieanlagen aber auch von Freiflächensolaranlagen. Wir müssen zur Technologieoffenheit zurückkehren und dürfen uns hier nicht international abhängen lassen. Um beispielsweise ein AKW oder ein Kohlekraftwerk zu ersetzen benötigt man je nach Standort und Leistung zwischen 600 bis zu 3000 Windräder, Zahlen die bekannt sind aber ignoriert werden. Auch der Netzausbau wird noch erhebliche Kosten verursachen, um überhaupt Strom vom windreichen Norden in den Süden transportieren zu können, wobei eine Lösung für die hohen Energieverluste von etwa 10% auf 100 km Transportweg noch nicht gefunden wurde. Es gibt auch noch tausende von Anlagen, die mangels Netzausbau noch nicht einmal am Stromnetz angeschlossen sind aber natürlich schon Steuergeld in die Kassen der Betreiber spülen. Eine weitere Finanzierung des Netzausbaus wird in Zukunft vermutlich über steigende Netzentgelte an die Verbraucher weiter gegeben, die jetzt schon knapp 25% des Strompreises ausmachen und diesen dann weiter nach oben treiben werden.

**Der Zuschuss von 6,5 Milliarden Steuergeldern an die Netzbetreiber, was zu einem leichten Absinken der Preise geführt hat, ist wohl dem Wahljahr 2026 geschuldet aber reine Augenwischerei, da der Steuerzahler durch die Hintertür zur Kasse gebeten wird und an dem immer instabileren Netz nichts ändert. Daher ist ein an die Energiewende angepasster Netzausbau, der schätzungsweise noch zehn Jahre dauern wird, weder bezahlbar, noch dem Bürger und der Natur zumutbar.**

### 4. Natur- und Artenschutz / 5. Landschaftsbild, Erholungsräume und Tourismus

Wer zulässt, dass autobahnbreite Straßen in den Wald gebaut werden und für jedes Windrad eine Waldfläche von 2-3 Fußballfeldern abgeholzt wird, der hat mit Naturschutz nichts im Sinn, sondern treibt eine lobbyunterstützte Ideologie voran, die Wenigen Gewinne bringt aber der Allgemeinheit, der Natur und der Umwelt einen erheblichen Schaden zufügt. Der Konflikt zwischen Windrädern und Artenschutz könnte nur durch einen sofortigen Stopp und einem darauf folgenden schnellstmöglichen Rückbau gelöst werden. Es gibt keine Systeme die Tiere und Insekten zuverlässig vor Kollisionen schützen. Einheimische und Touristen brauchen Erholungsräume und viele Touristen werden ausbleiben, wenn sie diese Erholungsräume bei uns nicht mehr finden, dadurch wird der ländliche Raum insgesamt geschwächt, weil von dieser Branche mehr abhängt als nur Hotel- und Gastronomiebetriebe.

**Als heimatverbundener Schwarzwälder sehe ich die Zerstörung und Verschandelung unserer Natur durch diese Anlagen mit größter Besorgnis und einen meiner politischen Schwerpunkte dies zu verhindern.**

## 6. Windkraft im Wald / Ökologische Risiken / Brandgefahr / 8. Schadstoffe / Materialeinsatz

Windräder verändern die Waldgebiete, indem sie für mehr Trockenheit sorgen und die Waldbrandgefahr erhöhen, nicht nur durch Brände in den Anlagen. Betonfundamente verändern den Wasserfluss im Untergrund, durch den Wegebau werden Wasserläufe an der Oberfläche verändert und dort wo Wasser zurück gehalten wurde, findet es heute Wege die ein schnelles Abfließen begünstigen. Die verdichteten Böden können kein Wasser aufnehmen, was vor allem auf den Bergkuppen zu Problemen mit der Bodenerosion führen wird. Der Abrieb der Rotorblätter verseucht die Landschaft weiträumig, PFAS-Belastungen sind bereits in Wildtieren nachgewiesen worden und sollte es einmal zum Brand von diesen Flügeln kommen, entstehen lungengängige Fasern, die Mensch und Tier schädigen können. Schneisen im Wald erhöhen die Angriffsfläche für den Wind und mit jedem Sturmtief müssen größte Schäden befürchtet werden.

**Die Risiken für Umwelt und Gesundheit sind der Politik bekannt, werden aber von den Regierungsparteien in ganz Deutschland ignoriert.**

## 7. Gesundheitliche Aspekte / Abstand

Es gibt genügend Studien, die die negativen Auswirkungen von Infraschall, Schattenschlag und Lärmbelastungen von Windkraftanlagen belegen. Die Auswirkungen auf Menschen, Nutz- und Wildtiere sind messbar. Die Regelungen sind in allen Bundesländern unterschiedlich, während in Bayern die zehnfache Anlagenhöhe als Mindestabstand gilt, wird in Baden-Württemberg nur ein Abstand von 700 Meter gefordert. Alle diese Regelungen können unterlaufen werden, wenn Gemeinden dem zustimmen. Hier wird oftmals mit Einnahmen für die Gemeinde geworben ohne auf die negativen Effekte einzugehen um diese Zustimmung zu erreichen.

**In Frankreich hatte das Parlament Mitte letzten Jahres neue Genehmigungen vorerst gestoppt. Ausschlaggebend war, laut Presseberichten, der zunehmende Druck aus der Bevölkerung, der eine ernsthafte Auseinandersetzung mit den gesundheitlichen und umweltbelastenden Folgen von Windkraftanlagen einforderte. Zwar nur ein kleiner Schritt, aber ein Schritt in die richtige Richtung, an dem sich Deutschland ein Beispiel nehmen sollte.**

## 9. Rückbau und Haftung

Ein Aspekt, der immer wieder auffällt sind die hohen Pachtsummen, die an die Grundstückseigentümer bezahlt werden um darauf Windindustrieanlagen oder Freiflächensolaranlagen zu betreiben. Für einen Bruchteil dieser Summen, die in zwanzig Jahren bezahlt werden, könnten diese Flächen erworben werden, aber dies ist offensichtlich nicht gewollt. Der Rückbau von solchen Anlagen nach den heutigen Vorschriften erfordert Rücklagen von etwa der Hälfte der entstandenen Baukosten, wenn man die vollständige Wiederherstellung des Urzustandes samt einer kompletten fachgerechten Entsorgung oder Wiederverwertung aller Materialien fordern würde, wären Rücklagen in Höhe der kompletten Baukosten nötig, eher noch mehr, wenn man die Preissteigerung in zwanzig Jahren berücksichtigt. Eine beliebte Masche ist es kurz vor Ende der Laufzeit Pleite zu gehen, ein Vorgehen, welches man sich aus der Baubranche abgeschaut hat und das schon etliche Handwerker in die Insolvenz getrieben hat, weil sie ihr Geld nicht bekommen haben. Hier ist es der Grundstückseigentümer, der auf seinem verseuchten Boden sitzen bleibt, mit

Betonmassen in der Erde, die nie wieder entfernt werden und der dann für den Rückbau aufkommen muss. Oftmals bleibt auch das am Steuerzahler hängen.

**Es wäre erforderlich eine Summe zu hinterlegen, auf die der Betreiber keinen Zugriff hat, mit der man nach zwanzig Jahren Laufzeit einen vollständigen Rückbau mit fachgerechter Entsorgung und Recycling finanzieren kann, damit auch bei einer Insolvenz des Betreibers der Rückbau gesichert ist.**

#### 10. Gesamtstrategie / Energiemix

Ich befürchte, dass wir auch nach der Wahl „grüne“ Ideologienpolitik in Baden-Württemberg bekommen werden, ein weiter so und noch mehr Windräder für die man Wälder abholzt. Die hohen Strompreise sind der Landesregierung völlig gleichgültig, sie werden derzeit durch Zuschüsse aus Steuergeldern an die Netzbetreiber, künstlich kleiner gehalten als sie wirklich sind, aber das ist reine Kosmetik, genau wie der Industriestrompreis. Daher wird die Abwanderung der Industrie weitergehen, weil energieintensive Betriebe nicht mehr wettbewerbsfähig sind und die Anpassung an eine flexibilisierte Stromnachfrage schlichtweg für die allermeisten Betriebe nicht möglich ist. In diesen Betrieben sind aber nicht nur die direkten Arbeitsplätze betroffen, sondern auch die der Zulieferer, Handwerker und Einzelhändler. Wissenschaftliche Erkenntnisse, die von der vorgegebenen politisch korrekten Position abweichen werden ignoriert oder gleich mundtot gemacht.

**Unsere Strategie wäre zunächst eine Bestandsaufnahme zu machen, welche stillgelegten konventionellen Kraftwerke wieder in Betrieb gehen könnten, um das Stromnetz stabiler und den Strompreis günstiger zu machen. Wir lehnen alternative Energiegewinnung nicht grundsätzlich ab, aber eine Rodung von Wäldern oder die Nutzung von Agrarland für Windräder oder Solarparks würde es mit uns nicht geben. Außerdem sind wir für die Abschaffung von CO<sup>2</sup>- und Klimasteuern, was die Energiekosten weiter senken würde. Auch das Heizungsgesetz und das Verbrenner-Verbot basieren nicht auf wissenschaftlichen Erkenntnissen, sondern sind ein Produkt der grünen Ideologie. Die weitere Erforschung bis zur Einsatzreife, von zukunftsweisenden Technologien, wie dem Dual-Fluid-Reaktor und dem Kugelhaufenreaktor würde vorangetrieben werden, da hier auch radioaktiver Abfall verwertet werden kann und eine Endlagerfrage unter völlig neuen Gesichtspunkten gesehen werden könnte. Die Nutzung von vorhandenen Kleinkraftwerken, die Biogas oder nachwachsende Rohstoffe nutzen, könnte durch Entbürokratisierung wieder attraktiv werden. Es gibt viele Ansatzpunkte, das wichtigste ist eine ideologiefreie Technologieoffenheit, die über neue und alte Ansätze wieder nachdenken lässt ohne etwas auszuschließen, welches nicht in die aktuelle vorgegebene Denkweise passt.**

Titisee-Neustadt, den 25.02.2026